Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 8

Artikel: Das rote Wien
Autor: Zeisl, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329674

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Seite steht. Durch die Schaffung der Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land: „Die Gemeinde" ist auch das geistige Bindeglied zwischen den kommunalpolitisch tätigen Genossen hergestellt. In allen Bezirken wie Unterbezirken, Kreisen und Städten bestehen kommunalpolitische Ausschüsse der Partei, die im engen Einvernehmen mit der Partei selbst ihre Tätigkeit entfalten. Jeder der 33 Parteibezirke hat einen Vertreter im Reichsausschuß, dem der vorerwähnte kommunalpolitische Beirat des Parteivorstandes als vorbereitende und vorberatende Instanz zur Seite steht. So ist auch organisatorisch die Verbindung hergestellt worden, die notwendig ist, um eine weitere ersprießliche Tätigkeit unserer Kommunalpolitiker im Lande mit der Spitze der Partei und mit der Reichstagsfraktion sowie den Landtagsfraktionen unserer Partei zu ermöglichen.

Wenn auch noch nicht alles erreicht worden ist, was wir uns auf kommunalpolitischem Gebiete als Ziel gesteckt haben, so kann doch ohne Uebertreibung gesagt werden, daß die bisher auf diesem Gebiete geleistete Arbeit trotz aller Mühen und Schwierigkeiten, trotz aller uns in den Weg gelegten Hindernisse von Erfolg gekrönt gewesen ist. Hier weiter zu arbeiten, und dem bisher Erreichten neue Erfolge hinzuzufügen, das ist die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, und die wir insbesondere nach einem günstigen Ausfall der Gemeindewahlen in diesem Jahre auch erreichen werden.

Das rote Wien.

Von Dr. Hans Zeisl.

Wien ist die größte Stadt der Erde, die ausschließlich von Sozialdemokraten verwaltet wird. Es ist eines der wenigen Beispiele, die der Welt gezeigt haben, was großzügige sozialdemokratische Wirtschaftspolitik erreichen kann.

Im folgenden soll versucht werden, Aufbau, Methoden und Erfolge der sozialdemokratischen Majorität im Wiener Gemeinderat darzustellen. Die Sozialdemokratie hat im Jahre 1918 diese Mehrheit erobert und seither ständig vergrößert. Bei den letzten Wahlen im April vorigen Jahres erhielt sie 78 von 120 Gemeinderatssitzen. Da die laufenden Verwaltungsgeschäfte ausschließlich vom Bürgermeister und den sogenannten „Amtsführenden Stadträten", denen die einzelnen Ressorts unterstellt sind, besorgt wird, hat Wien tatsächlich eine ausschließlich sozialdemokratische Verwaltung. Die Machtbefugnisse der Rathausmehrheit werden dadurch noch stark erweitert, daß Wien durch die Verfassung auch die Stellung eines selbständigen Bundeslandes hat, was für seine Steuergesetzgebung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Der Bürgermeister ist so zugleich Chef der Bundesverwaltung zweiter Instanz.

Als im Jahre 1918 die Sozialdemokraten die Stadtregierung übernahmen, waren die Kassen leer und die allgemeinen wirtschaftlichen und

sozialen Verhältnisse in Wien die denkbar schlechtesten. Die nun folgende Zeit der Inflation hat diese Schwierigkeiten noch vergrößert. Doch hat die Gemeinde allen Hemmnissen zum Trotz ein Werk geschaffen, das von Fachleuten aus aller Welt mit Recht bestaunt wird. Das ist das Verdienst vor allem eines Mannes, des Genossen Breitner, des geliebten und gefürchteten Finanzreferenten unserer Stadt. Da alles, was die Gemeinde geleistet hat, gezahlt werden mußte und er dieses Geld herbeischaffte, ist es wohl angebracht, das von ihm entwickelte Finanzsystem etwas genauer darzustellen, zumal es sich sehr wesentlich von bürgerlicher Finanzpolitik unterscheidet.

Vor dem Kriege zog die Gemeinde ihre Haupteinnahmen aus einer hohen Umlage auf den Mietzins und aus den Gewinnen ihrer Monopolbetriebe: Gas- und Elektrizitätswerke und Straßenbahn. Im wesentlichen waren dies also Einnahmequellen, die die breiten Massen der Bevölkerung belasteten. Heute ist das anders geworden. Die Mietzinssteuer ist abgeschafft und die Monopolbetriebe decken nur ihre Selbstkosten und bis vor kurzer Zeit auch die notwendigen Investitionen zur Modernisierung und Erweiterung des Betriebes. Seit Ende 1927 hat sich aber auch das geändert, da für Investitionszwecke eine amerikanische Anleihe im Nominalbetrag von 30 Millionen Dollar aufgenommen wurde.

Die Ausgaben der Gemeinde im Jahre 1927 beliefen sich auf 482 Millionen Schilling. Die wichtigsten Einnahmeposten des Finanzressorts im Gesamtbetrage von 318 Millionen Schilling sind:

Ertragsanteile an Bundessteuern . . .	105,000,000
Fürsorgeabgabe	68,000,000
Wohnbausteuer	35,000,000
Lustbarkeitsabgabe	14,000,000
Nahrungs- und Genußmittelabgabe . .	13,000,000
Wertzuwachsabgabe	7,000,000
Fremdenzimmerabgabe	5,000,000
Anzeigenabgabe	4,000,000
Automobilsteuer	4,000,000

Die Anteile an den Bundessteuern hat sich die Gemeinde kraft ihrer Stellung als Bundesland in langwierigen schweren Kämpfen mit der bürgerlichen Bundesregierung gesichert. Von den Gemeindesteuern ist die wichtigste die Fürsorgeabgabe. Sie beträgt $4^{1}/_{16}$ Prozent, bei Banken 8½ Prozent von der ausbezahlten Lohnsumme und darf — was das Entscheidende ist — auf den Arbeitnehmer nicht überwälzt werden. Diese Steuer hat sich besonders in der Zeit der Inflation bewährt, da sie mit dem Steigen der Löhne automatisch höhere Erträgnisse lieferte. Sie ist noch heute die vom Bürgertum am heftigsten angegriffene Steuer, da sie nur den Unternehmergewinn besteuert.

Die Wohnbausteuer soll in einem spätern Zusammenhange mit der Wertzuwachsabgabe und dem ganzen Problem des Mieterschutzes behandelt werden. Die Lustbarkeitsabgabe ist von allen öffentlichen Veranstaltungen, mit Ausnahme von solchen zu wohltätigen oder

Bildungszwecken, zu entrichten in einem bestimmten Verhältnis zum Eintrittspreis. Dieser Prozentsatz schwankt zwischen 10 und 33 Prozent bei Pferderennen, Box- und Ringkämpfen. Das Haupterträgnis liefern hier Kino, Theater und Nachtlokale und die Sportveranstaltungen, vor allem Fußballmatches, die sich in Wien großen Zulaufs erfreuen.

Auch die Nahrungs- und Genußmittelabgabe ist eine Luxussteuer, denn nur bestimmte Betriebe, die durch besondere Preise, Art der Kundschaft oder Ausstattung des Lokals als „Luxusbetriebe" gekennzeichnet sind, unterliegen dieser Steuer. Von ihr sind also vor allem Nachtlokale, die großen Kaffeehäuser und vornehmen Restaurants betroffen. Der Steuerfuß beträgt 15 Prozent vom Verkaufspreis der Speisen.

In diesem Zusammenhang sind noch zwei andere progressive Luxussteuern zu nennen: die Automobilsteuer und die Hauspersonalabgabe. Diese letztere Steuer ist so stark progressiv, daß das Halten einer Hausgehilfin noch steuerfrei ist, während der Bankier Rothschild für 39 Hausgehilfen im Jahre 1925 357,000 Schilling, das sind etwa 300,000 Schweizerfranken, zahlen mußte.

Die Fremdenzimmerabgabe wird neuerdings ermäßigt, wenn sich der Hotelier verpflichtet, um den nachgelassenen Betrag Investitionen zur Verbesserung seines Betriebes durchzuführen. Dadurch wird einerseits der Fremdenverkehr gehoben und gleichzeitig unserer Industrie eine neue Beschäftigungsmöglichkeit gegeben.

Das ist in knappen Zügen das Steuersystem der Gemeinde Wien. Auf den ersten Blick ist ersichtlich, daß die Steuern durchwegs die besitzenden Klassen treffen. Soweit auch die ärmern Schichten zur Steuerleistung herangezogen werden, sind diese Beträge sehr geringfügig. Es sollen nunmehr die wichtigsten Verwendungsgebiete dieser Einnahmen betrachtet werden.

Das Wohnungswesen.

Oesterreich ist das einzige Land, in dem es der Arbeiterklasse gelungen ist, den Mieterschutz in vollem Umfang aufrechtzuerhalten. Der Hausherr hat nahezu keinerlei Kündigungsrecht und die Höhe des Mietzinses beträgt einen geringfügigen Prozentsatz des Friedenszinses, so daß die Rente des Hausherrn in Wien eigentlich abgeschafft ist. Daß dies eine große finanzielle Erleichterung für die Arbeiterklasse und weite Schichten des Mittelstandes bedeutet, ist klar. Aber da die private Bautätigkeit demzufolge vollständig aufgehört hat, zumal der Bauzinsfuß sehr hoch ist, mußte die Gemeinde eingreifen, da die Wohnungsnot noch immer entsetzlich groß war, und sie half in großzügigster Weise. Bis zum heutigen Tag hat sie über 35,000 Wohnungen gebaut, und im Laufe der nächsten vier Jahre werden weitere 30,000 fertiggestellt. Doch sind diese Häuser alles andere denn Notstandsarbeiten. Gemessen an den durchschnittlichen Wiener Häusern, sind diese von den ersten Architekten errichteten Bauten wahre Paläste. Die Ausgaben der Gemeinde Wien für Wohnbauten betragen regelmäßig nahezu ein Viertel des Gesamtbudgets. Für diese Wohn-

bauten wird eine Zwecksteuer, die Wohnbausteuer, eingehoben, die aber lange nicht zur Deckung der gesamten Ausgaben reicht. Die Steuer ist progressiv und ist von jedermann zu entrichten, der in Wien vermietbare Wohnräume hat. Doch ist der Steuerfuß so bemessen, daß die durchschnittliche kleine und mittlere Wohnung nur mit etwa 2 Prozent des Friedensmietzinses besteuert wird, während die großen und Luxuswohnungen bis zu 36 Prozent des Friedenszinses zahlen müssen.

Nicht nur als Einnahmequelle spielt die Wertzuwachsabgabe eine große Rolle, auch in der Wohnbaupolitik ist sie von großer Bedeutung. Sie ist bei der Uebertragung von Liegenschaften vom Verkäufer zu entrichten und beträgt einen Bruchteil der Differenz des Ein- und Verkaufspreises, wobei eine Friedensgoldkrone gleich einer Papierkrone gesetzt ist*. Da diese Steuer natürlich der Gemeinde zufällt, ist diese also ein sehr bevorrechteter Käufer auf dem Häuser- und Grundstückmarkt gegenüber privaten Konkurrenten. So hat die Gemeinde schon nahezu ein Drittel des Wiener Bodens und eine beträchtliche Anzahl von Häusern in ihr Eigentum übergeführt. Dies könnte noch viel weiter gehen, wenn die christlichsoziale Bundesregierung die so dringend notwendigen Enteignungsgesetze nicht verhindern würde.

Das Wohlfahrtswesen.

Das große Elend in der Kriegs- und Nachkriegszeit machte die Fürsorgetätigkeit der Gemeinde zu einer ihrer dringendsten Aufgaben. War doch die Sterblichkeit gegenüber den Vorkriegsjahren um 60 Prozent, die Kindersterblichkeit sogar um 100 Prozent gestiegen. Was die Gemeinde auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens geleistet hat, kann nur der beurteilen, der das Elend der Wiener Proletarierbezirke kennt, in denen die Tuberkulose als die „Wiener Krankheit" schon seit Jahrzehnten sprichwörtlich geworden ist. Nur einige Zeilen sollen andeuten, was die Gemeinde hier geschaffen hat. Noch vor der Geburt eines jeden Kindes erhält jede Mutter (es soll keine Gnade für „arme Leute" sein) kostenlos Kinderwäsche für ihren zu erwartenden Säugling. In modernen städtischen Entbindungsheimen, die keinem Sanatorium nachstehen, kann jede Mutter ihr Kind zur Welt bringen. Ist sie später aus irgendwelchen Gründen nicht in der Lage, das Kind allein aufzuziehen, greift sofort die Gemeinde ein und gewährt Sach- und Geldbeihilfen. In dringenden Fällen übernimmt die Gemeinde sogar selbst das Kind in Pflege. Ueber 100,000 Kinder werden in den städtischen Kindergärten nach modernsten pädagogischen Grundsätzen beschäftigt. Oeffentliche Schülerausspeisungen, Tagesheimstätten und eine Kinderübernahmsstelle, die alle fürsorgebedürftigen Kinder aufnimmt, bis eine geeignete Unterkunft für sie gefunden ist, ergänzen dieses großzügige System der Jugendfürsorge.

Auch der Schutz der Erwachsenen hat bei uns größere Bedeutung als in andern Ländern, da Oesterreich noch keine Invaliden- und Altersver-

* Dies ist nur scheinbar ungerechtfertigt; denn die Wiener Häuser waren vor dem Kriege im Durchschnitt über ein Drittel des Wertes mit Hypotheken belastet, die durch die Inflation vollständig entwertet wurden.

sicherung kennt. Durch geschlossene Pflegestätten, in denen sich derzeit an die 11,000 Menschen befinden, durch Geld- und Sachunterstützungen leistet die Gemeinde auch hier Außerordentliches. Zur Erhöhung des allgemeinen Gesundheitsniveaus dienen verschiedene Einrichtungen, wie die obligatorische Schulzahnpflege und eine großzügige Tuberkulosenfürsorge, von der im Laufe eines Jahres ungefähr 43,000 Menschen erfaßt werden. 13,000 Kranke werden durchschnittlich jedes Jahr in Heilanstalten untergebracht.

Besonderes Augenmerk hat die Gemeinde auf die Errichtung neuer Bäder gelegt. In fast allen Bezirken gibt es geschlossene Badeanstalten, Strandbäder, Dampfbäder und vor allem eine große Menge seichter Kinderbecken. Das erst vor kurzer Zeit errichtete Amalienbad ist die größte Badeanstalt Europas und zum Aerger unseres Bürgertums inmitten des größten Wiener Proletarierbezirkes errichtet.

Eheberatungsstellen, eine Beratungsstelle für Geschlechtskranke, für Trinker und ein Berufsberatungsamt vervollständigen diese Fürsorgetätigkeit, die überall hilft, wo Hilfe not tut. Symptomatisch für den Erfolg dieser ungeheuren Arbeit ist der starke Rückgang der Tuberkulose und der Säuglingssterblichkeit in den letzten Jahren.

Die Schulreform.

Kurz nach dem Umsturz, als die Arbeitervertreter noch in der Regierung waren, hat die Sozialdemokratie ein großzügiges Schulreformwerk begonnen. Jedoch haben sich die ganzen Reformarbeiten nach dem Jahre 1920 auf die Gemeinde Wien beschränken müssen, da im Bund eine reaktionäre Regierung ihr Amt antrat. Bis zum Januar 1927 hat das Land Wien auf eigene Faust das gesamte ihm unterstehende Schulwesen nach den Grundsätzen der modernen Pädagogik von Grund auf verändert. Der starre Stundenplan ist verschwunden, die Grundsätze der Konzentration des Unterrichts und des Arbeitsunterrichts sind weitgehend durchgeführt. Auch ist man bestrebt, weit mehr als bisher die Schüler aus eigener Anschauung lernen zu lassen. Einen großen Teil der Schulzeit verbringen die Kinder heute mit den sogenannten „Lehrausflügen". Aber auch organisatorisch hat sich Wesentliches geändert. Versuchsweise hat Wien einen neuen Schultypus, die Allgemeine Mittelschule, geschaffen, die die Vorstufe zu einer Einheitsschule aller jungen Menschen bis zum 14. Lebensjahr sein sollte. Dadurch sollte das Vorrecht der besitzenden Klassen, ihre Kinder in eine besondere Schule, nämlich das Gymnasium oder die Realschule, gehen zu lassen, beseitigt werden. Im Sommer 1927 wurden endlich die Schulverhältnisse auch im Bund geregelt, und trotz des Widerstandes der christlichsozialen reaktionären Regierung wurden viele Reformen, die die Gemeinde Wien eingeführt und erprobt hatte, nunmehr im gesamten österreichischen Bundesgebiet durchgeführt.

Auch im Fortbildungsschulwesen hat die Gemeinde Vorbildliches geleistet. Sind es doch ausschließlich die Kinder des Proletariats, die in diesen Schulen unterrichtet werden. Erst im Vorjahre wurde das neue

Fortbildungsschulgebäude eröffnet. Es ist das größte und sicher auch das schönste Schulgebäude auf dem Kontinent.

Der Körpersport wird von der Gemeinde durch Ueberlassung von Schulsälen und Subventionierung von Sport- und Touristenvereinen aller Art gefördert.

Die städtischen Unternehmungen.

Zu den wichtigsten und schwierigsten Aufgaben der Wiener Gemeinde gehört die Führung der drei Monopolbetriebe, des Gaswerks, des Elektrizitätswerks und der Straßenbahn. Ich habe schon erwähnt, daß die Christlichsozialen im Frieden große Gewinne aus diesen Unternehmungen gezogen haben und daß sie nunmehr ohne Profite und selbstverständlich auch ohne Verluste geführt werden, die Gemeinde also Gas, Strom und Straßenbahn zum Selbstkostenpreis abgibt.

Dem Gaswerk ist eine große chemische Fabrik angeschlossen worden. Mit den Nebenprodukten des Steinkohlengases betreiben die Werke ein großes Exportgeschäft. Dadurch ist es möglich, daß der Gaspreis um 23 Prozent billiger ist als vor dem Krieg, übrigens auch billiger als in allen übrigen Großstädten Europas.

Das Elektrizitätswerk hat sich ein eigenes Kohlenbergwerk angeschlossen und in großzügiger Weise Wasserkraftzentralen für seine Stromversorgung errichtet, die sehr wesentlich zur Verbilligung des Strompreises beigetragen haben.

Das Straßenbahnnetz wurde in den letzten Jahren ständig ausgebaut; die Stadtbahn, die vor dem Kriege mit Dampf betrieben wurde und während des Krieges ihren Betrieb eingestellt hatte, wurde auf Elektrizität umgebaut, und so verfügt Wien heute über eine regelrechte Untergrundbahn. Ueberdies geht man jetzt daran, ein ausgedehntes Netz von Autobuslinien zu schaffen.

Auch auf anderen Gebieten greift die Gemeinde Wien weit in das Getriebe der Privatwirtschaft ein. Sie ist an vielen Unternehmungen, namentlich in der Bauindustrie, beteiligt, sie hat eine eigene Zentralsparkasse gegründet, deren Depositen weit höher sind als die aller übrigen Großbanken. Diese Zentralsparkasse wiederum gibt Kredite zu niedrigem Zinsfuß in der Gesamthöhe von 50 Millionen Schilling an Kleingewerbetreibende aus, die ihre Betriebe vergrößern wollen. Zur Förderung des österreichischen Exports hat die Gemeinde eine Ausfallshaftung für die Ausfuhr der österreichischen Industrie nach Rußland bis zu einem Gesamtbetrag von 100 Millionen Schilling übernommen.

Die Angestellten der Gemeinde.

Die Gemeindeangestellten sind weit besser bezahlt als die entsprechende Kategorie der Bundesbeamten. Auch die Arbeiter in den städtischen Unternehmungen erhalten im Durchschnitt höhere Löhne als ihre Kollegen in der Privatindustrie, ganz abgesehen von den höheren Sicherheiten und dem wesentlich anderen Dienstrecht. Für alle Gemeindeangestellten, vom Magistratsdirektor bis zum Straßenkehrer, gilt die

gleiche Dienstordnung. Der Arbeitsvertrag darf nur mit der Gewerkschaft abgeschlossen werden, der die Mehrheit der Arbeiter angehört. Natürlich ist das immer die freie Gewerkschaft. Disziplinarfälle kommen vor eine Kommission, in der die Arbeitervertreter faktisch die Mehrheit haben. Für alle 54,000 Gemeindeangestellten besteht eine Krankenfürsorgeanstalt. Die Mitglieder haben Anspruch auf freie Aerztewahl, Zahnpflege und Benützung von Genesungsheimen. Die Gemeinde hat auch ein Kreditinstitut für städtische Bedienstete geschaffen.

Trotzdem die überwiegende Mehrheit der Angestellten noch aus der christlichsozialen Aera stammt, in der niemals ein Sozialdemokrat angestellt wurde, ist es der sozialdemokratischen Verwaltung gelungen, sehr bald in engste Fühlung mit ihren Arbeitern und Angestellten zu kommen. Wohl ergaben sich von Zeit zu Zeit Konflikte anläßlich von Lohnforderungen, die die Arbeiter mit Rücksicht auf ihre Monopolstellung leichter stellen können als in der Privatindustrie. Doch hat in den ganzen acht Jahren sozialdemokratischer Verwaltung — von einem achttägigen Straßenbahnerstreik abgesehen — kein einziger Konflikt zu einer Arbeitsniederlegung geführt.

Die Gemeinde Wien und die Sozialdemokratische Partei.

Man kann sich außerhalb Wiens nur schwer eine Vorstellung machen von dem grenzenlosen Haß, mit dem unser Bürgertum das Aufbauwerk der Gemeinde verfolgt. Die Bourgeoisie fühlt genau, daß ihre Stellung hier mit äußerst wirksamen Mitteln bekämpft wird. Daß im Wiener Gemeinderat nur die verdammten „Roten" etwas zu reden haben und die Besitzenden so vollständig ausgeschlossen sind von der Führung der Geschäfte — das ist ihr großer Schmerz! Nur die Stärke der Wiener Parteiorganisation, die von Tag zu Tag wächst — schon jeder vierte Wiener ist organisierter Sozialdemokrat —, ist es zu danken, daß unsere Gemeindeverwaltung unbekümmert um alle Anfeindungen nach ihrem eigenen Willen regieren kann. Ueberhaupt ist der innere Zusammenhang zwischen Sozialdemokratischer Partei und Gemeindeverwaltung sehr stark. Zunächst schon dadurch, daß der Bürgermeister Seitz zugleich Vorsitzender der Partei ist. Doch ist beispielsweise auch zu einer Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise die Zustimmung der Wiener Konferenz der sozialdemokratischen Vertrauensmänner notwendig. Diese innige Bindung an eine mächtige, wohlorganisierte Partei hat es ermöglicht, daß inmitten eines reaktionären Landes, das dem ausländischen Kapital vollständig ausgeliefert ist, das große Werk der Gemeinde Wien entstehen konnte.

Aber neben all dem Guten und Wertvollen, das die Gemeinde für die Wiener Arbeiterklasse geschaffen hat, liegt die eigentliche Größe ihrer Leistung darin, daß sie gezeigt hat, daß die Sozialdemokratie ein großes Gemeinwesen vorzüglich verwalten kann. Daß sie die vielen Betriebe billiger und rationeller zu führen vermag als die Privatindustrie und zu gleicher Zeit — was vielleicht noch bedeutsamer ist — ihre Arbeiter besser entlöhnen kann als privatkapitalistische Unternehmungen. Es unter-

liegt keinem Zweifel, gerade das russische Beispiel lehrt uns das: Alles wird in der Zeit des Uebergangs zur sozialistischen Gesellschaftsordnung davon abhängen, daß die sozialisierten Betriebe leistungsfähiger sind als ihre privatkapitalistische Konkurrenz. In Wien hat sich die so viel gelästerte Betriebsführung durch die öffentliche Hand auf das glänzendste bewährt. Daß die Sozialdemokratie solches leisten kann, darin liegt die große werbende Kraft des roten Wien und seine eigentliche Bedeutung, die weit hinausreicht über die Grenzen des kleinen Oesterreichs.

Die kommunalpolitische Arbeit in der Tschechoslowakei.

Von Josef Belina, Prag.

Im alten Oesterreich war die Arbeiterschaft in den Gemeinden rechtlos. Erst wenige Jahre vor Kriegsausbruch wurde für die Städte Wien, Linz, Graz und Brünn eine vierte Kurie eingeführt, in der auch die Arbeiter das Wahlrecht in beschränktem Ausmaße hatten, die übrigen Städte, darunter auch Prag, wurden nur von den Angehörigen der besitzenden Stände verwaltet.

Der Umsturz brachte erst das allgemeine und gleiche Wahlrecht für alle Männer und Frauen über 21 Jahre; es wurden zunächst Vertreter der Arbeiterschaft in die Gemeindevertretungen kooptiert, bis dann die ersten Wahlen im Jahre 1919 einen glanzvollen Sieg der Sozialdemokratie brachten, an dem sowohl die tschechoslowakischen wie die deutschen Genossen teilhaben konnten. Zahlreiche Städte und Orte gingen nunmehr in sozialdemokratische Verwaltung über. Es war aber kein freudiges Arbeiten. Die bürgerlichen Stadtverwaltungen hatten das Gemeindevermögen meist in Kriegsanleihen umgesetzt, die nunmehr im neuen Staate wertlos waren; von irgendeiner Tätigkeit auf sozialem Gebiete war kaum etwas zu verspüren; es bestanden nur die Noteinrichtungen, welche der Krieg erforderlich gemacht hatte.

Es war sohin eine doppelte Arbeit, welche auf den sozialistischen Gemeindeverwaltungen lastete. Sie hatten mit der Zerrüttung der Gemeindefinanzen, sohin mit gewaltigen geldlichen Schwierigkeiten zu kämpfen und sie hatten anderseits die Aufgabe, wenigstens die wichtigsten sozialpolitischen Probleme zu lösen.

Dazu gehörte in erster Linie das Wohnungsproblem. Auf diesem Gebiete hat in der ganzen Republik wohl am hervorragendsten die deutsche Stadt Aussig gearbeitet, die mit ihren 40,000 Einwohnern sehr beachtliche Ergebnisse aufzuweisen hat. Während der vierjährigen Periode 1919 bis 1923, wo die deutschen Sozialdemokraten die Mehrheit in der Gemeindevertretung hatten, wurden 22 dreistöckige Wohnhäuser mit 248 Wohnungen und 696 Wohnräumen gebaut, was einen Bauaufwand von über 25 Millionen Kronen verursachte. Besonderes Augen-